

Kiel, 14.09.2007

**Landtag  
aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!  
Sperrfrist: Redebeginn**

**Top 16 - Gesunde Ernährung in KiTas und Schulen (Drucksachen 16/1528 und 16/1585)**

**Astrid Höfs:**

## **Schulen haben immer größere Verantwortung für Ernährung der Kinder**

Der Antrag der GRÜNEN spricht völlig zu Recht den Zusammenhang zwischen gesunder Ernährung und den Einrichtungen unseres Bildungswesens an. Auch wenn wir uns - wie auch wieder in dieser Plenartagung - immer wieder oft und gern über Fragen der Schulstruktur, der Lehrerausbildung sowie der Unterrichtsversorgung unterhalten, wird die Frage, ob, was und wie viel Kinder und Jugendliche in Kindertagesstätten und Schulen zu essen und zu trinken bekommen, immer wichtiger.

Es liegt auf der Hand, dass die Ausweitung der offenen Ganztagschulen und die Langzeitperspektive der gebundenen Ganztagschule **den Schulen eine immer größere Verantwortung für die Ernährung der Kinder zuweist**. In der Vergangenheit beschränkte sich diese Verantwortung auf Angebote in der 10-Uhr-Pause. Aber im Großen und Ganzen war das Elternhaus zuständig dafür, dass die Kinder vor dem Schulbesuch ein Frühstück zu sich nehmen, ein Schulbrot dabei haben und nach dem Schulbesuch ein warmes Mittagessen erhalten. Die Verantwortung liegt grundsätzlich immer noch bei den Eltern.

Andererseits gehört dieser Ablauf schon lange der Vergangenheit an. Wenn wir über **ungleiche Bildungschancen aufgrund der sozialen Herkunft** sprechen, was ja bekanntlich einer der problematischsten Befunde aus der PISA-Studie war, müssen wir auch zur

Kenntnis nehmen, dass viele Familien dieses nicht mehr sicherstellen – entweder, weil sie es nicht wollen oder weil sie es wegen des Arbeitsablaufes der Eltern oder eines allein erziehenden Elternteils nicht können. Die Tagesstrukturen der meisten Familien sehen heute völlig anders aus als noch vor wenigen Jahren.

Frühstück und Mittagessen werden leider zu oft dadurch ersetzt, dass dem Kind zwei oder drei Euro in die Schule mitgegeben werden. Wir können sicher sein, dass damit eher gesundheitsschädliche als gesundheitsfördernde Nahrungsmittel gekauft werden.

Die **Folgen von Fehlernährungen** sind augenscheinlich. Schon in jeder Fußgängerzone in Deutschland, noch mehr aber in Großbritannien und besonders den USA sieht man auf den ersten Blick, dass der Anteil an jungen Menschen, die sich falsch ernähren und sich eine lebenslange Fettleibigkeit anfuttern, ständig steigt. Aus Großbritannien kam ja vor wenigen Tagen die Nachricht, dass Schulkinder in der Mittagspause eingeschlossen werden sollen, damit sie ihr Geld nicht für Fast Food ausgeben können. So werden sie allerdings auch kein gesundes Essverhalten erlernen.

Eine Studie aus den 90er Jahren hat die Gründe für Fettleibigkeit klar benannt:

- zu wenig Flüssigkeitsaufnahme,
- zu viel Fett über Fleisch- und Wurstprodukte
- zu viel Fett und Zucker über Süßigkeiten und Gebäck
- zu wenig Ballaststoffe, weil weder Vollkornprodukte noch ausreichend Obst und Gemüse gegessen werden; Obst wird stattdessen hauptsächlich als Fruchtsaft konsumiert
- zu wenig Eisen- und Jodzufuhr
- hoher Salzgehalt und Geschmacksverstärker im Fast Food tun das ihre dazu.

Kurz und knapp gesagt heißt das: Zu fett, zu süß, zu viel und ich füge auch gerne an: zu spät. Das sind die Ernährungsgrundsätze der Deutschen. Und das gilt nicht nur für Kinder

oder Jugendliche. Das gilt für das **Essverhalten der gesamten Gesellschaft**. Deshalb ist es inzwischen auch ein großes Problem, Kindern ein gesundes Essverhalten zu vermitteln. Warum sollen sie sich anders ernähren als ihre Eltern?

Der Antrag der GRÜNEN spricht auch das gegenläufige Phänomen an, dass viele Jugendliche, besonders Mädchen, Essstörungen wie zum Beispiel Anorexia nervosa oder Bulimie entwickeln. Das sind allerdings zwei paar Schuhe. Diese Erkrankungen werden nicht nur durch falsches Ernährungsverhalten erworben. Sie haben tiefer liegende entwicklungspsychologische Gründe und gehören eindeutig in therapeutische Hände.

Der **Kinder- und Jugendgesundheitsbericht** der Landesregierung thematisiert auch Ernährungsfragen; dies wird vertieft durch das beigefügte Gutachten des Robert-Koch-Instituts.

Wir halten nicht viel von der Idee, von der Landesregierung einen Maßnahmenkatalog zu erbitten und die Maßnahmen gleich selbst in den Antrag hineinzuschreiben, wie die GRÜNEN dies getan haben. Vor allen Dingen müssen wir auch nicht Maßnahmen beschließen, die bereits laufen. Wir beantragen deshalb, dass die Regierung bis zum Jahresende berichten möge, wie die Themen Gesundheit, Ernährung und Bewegung in den Bildungseinrichtungen umgesetzt und weiterentwickelt werden.

Auf der Basis dieses vertiefenden Berichtes werden wir dann im Plenum, im Bildungs- und im Sozialausschuss darüber diskutieren, in welchen Bereichen die Anstrengungen noch zu verstärken sind. Ich bitte deshalb um Zustimmung zum Antrag von CDU und SPD.